



Bürgermeister Klaus Blome (li.) und Dominik Bär vom Verein „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“ unterzeichnen im Rathaus die Vereinbarung zur Zusammenarbeit. Mit dabei (v.li.): Ratsmitglied Sieglinde Patzig-Bunzel, Tobias Honka (Stadtverwaltung), Jan Liebold (Grundschule Holzhausen), Claudia Richter (Kinder-, Jugend- und Familienservicebüro), Hartwig Henke (Sozialraum AG), Stefanie Ridders (Landkreis Hameln-Pyrmont), Horst Gärtner (Sozialraum AG) und Michael Hubert (Kunterbunt e.V.).

FOTO: UK

Besser geht immer

Bad Pyrmont soll noch kinderfreundlicher werden / Bürgermeister unterzeichnet Vereinbarung

VON HANS-ULRICH KILIAN

BAD PYRMONT. Eigentlich ist Bad Pyrmont in Sachen Kinder- und Jugendfreundlichkeit schon gut aufgestellt. Das meinen jedenfalls die Mitglieder der Sozialraum AG. Doch besser geht immer, haben sie sich gedacht und der Stadt vorgeschlagen, sich als „Kinderfreundliche Kommune“ zu bewerben. Bürgermeister Klaus Blome hat dazu jetzt gemeinsam mit dem Geschäftsführer des Vereins „Kinderfreundliche Kommunen“, Dominik Bär, eine Vereinbarung zur verbindlichen Zusammenarbeit unterzeichnet, um die UN-Kinderrechtskonvention auf lokaler Ebene umzusetzen.

„Wir haben alle Schulformen, seit 20 Jahren ein funktionierendes Jugendparlament und einen Kinderhort“, stellte die Vorsitzende des Schul- und Jugendausschusses Sieglinde Patzig-Bunzel (SPD) bei der Unterzeichnung der Vereinbarung im Rathaus fest. „Und wir haben ein schulübergreifendes Ganztagsangebot“, ergänzte der frühere

Leiter der Herderschule, Hartwig Henke als Mitglied der Sozialraum AG.

Ob es noch weitere Handlungsfelder für Stadt und Landkreis als Träger der Jugendhilfe gibt, wird sich zeigen. Patzig-Bunzel sieht zum Beispiel Lücken im Beratungsangebot und hält es für nötig, die Spielplätze zu verbessern.

„Zunächst werden wir eine Bestandsaufnahme der Angebote durchführen“, erläuterte Bär. Dazu gehört eine Befragung unter den 2700 Kindern und Jugendlichen. Am Schluss wird der Verein Empfehlungen für einen Aktionsplan formulieren. Ziel ist es, diesen Aktionsplan möglichst bis zum Stadtjubiläum im kommenden Sommer vom Rat beschließen zu lassen. „Das ist viel Arbeit“, meinte Bürgermeister Blome, der vom Verein Anregungen und Unterstützung erwartet, um die Situation von Kindern und Jugendlichen konkret zu verbessern. „Mit der Teilnahme an diesem Programm konzentrieren wir uns vermehrt auf die Entwicklungspotenziale und Stärken

unserer Stadt und bauen diese aus.“

Dass Bad Pyrmont gemessen an seiner Größe relativ gut aufgestellt sei, betonte auch Horst Gärtner von der Sozialraum AG. „Uns geht es darum, die Situation von Außen und damit objektiv betrachten zu lassen“, nannte er einen Grund für die Initiative. „Was können wir tun, was kann der Landkreis tun, um die Zukunft zu gestalten?“ Zum Beispiel sollen die Belange der Inklusion einbezogen und die Orts-

teile ins Boot geholt werden.

Für den Aktionsplan vergibt der Verein das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“. Das Siegel erkennt den Willen der Kommune zur Umsetzung der UN-Kinderrechte an. Es ist zudem Ausdruck einer Selbstverpflichtung der Gemeinde und Ansporn, die festgesteckten Ziele innerhalb von drei Jahren umzusetzen.

Der von UNICEF Deutschland und dem Deutschen Kinderhilfswerk getragene Verein begleitet den gesamten Pro-

zess und unterstützt die Steuerungsgruppe, die sich aus Mitgliedern der Sozialraum AG gebildet hat. Bad Pyrmont bekommt die Arbeit laut Blome zum Null-Tarif. Die jährlich anfallenden Kosten in Höhe von 4000 Euro für die Beratung werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Bad Pyrmont ist nach Wolfsburg, Algermissen und der Wedemark erst die vierte niedersächsische Kommune, die sich dem Programm anschließt. „Wir begrüßen Bad Pyrmonts Willen, sich unserem Programm anzuschließen und damit die Interessen von Kinder und Jugendlichen stärker in den Blick zu nehmen“, betonte Bär. In diesem Sinne könne das Jugendparlament ein guter Ausgangspunkt für die weiteren Schritte sein. „Über die Partizipation von Kindern und Jugendlichen hinaus wird eine zentrale Aufgabe darin liegen, die Kinderrechte auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung zu verankern.“

Der Weg zum Siegel

Das Programm „Kinderfreundliche Kommunen“ läuft vier Jahre und kann anschließend verlängert werden. Im ersten Jahr wird durch eine Bestandsaufnahme und durch Beteiligungsverfahren mit Kindern und Jugendlichen der Aktionsplan vorbereitet. Nach der Bestätigung des Aktionsplans durch den Rat prüft der Verein „Kinderfreundliche Kommunen“ den Aktionsplan und vergibt das Siegel für drei Jahre.

Das Vorhaben wurde 2012 in Deutschland ins Leben gerufen und basiert auf den internationalen Erfahrungen aus der Child Friendly Cities Initiative (CFCI). Diese setzt sich seit 1996 international dafür ein, die Kinderrechte auf kommunaler Ebene zu verwirklichen. In Deutschland haben sich bislang 23 Kommunen der Initiative angeschlossen – darunter Köln, Potsdam, Hanau, Regensburg und Stuttgart.

red